

Großbritannien: Ausschuss fordert Notfallpläne für Forschungsförderung bei Austritt Großbritanniens aus der EU

20.06.2016 | Berichterstattung weltweit

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie des britischen Unterhauses fordert die britische Regierung auf, eine Risikoanalyse zu erstellen und – im Falle eines „Brexit“ – mögliche finanzielle Lücken in der Forschungsförderung kompensatorisch abzudecken.

Vor dem Hintergrund dessen, dass Großbritannien in besonderem Maße von EU-Forschungsgeldern im Rahmen von „Horizont 2020“ profitiert – bis August 2015 flossen rund 1,2 Milliarden Euro in das Land – rät der Ausschuss dazu, Notfallpläne für den Fall eines „Brexit“ aufzusetzen, insbesondere für den britischen Life Science-Sektor. Die Ausschussvorsitzende Nicola Blackwood erklärte gegenüber sciencebusiness.net: „Insbesondere die Erfahrungen der Schweiz nach ihrem Referendum sollten eine Warnung sein.“

Die Schweiz war nach dem Zuwanderungs-Referendum 2014 mit Blick auf bereits vereinbarte EU-Förderungen in Probleme geraten: Die EU argumentierte nach dem Referendum, dass mit dem eidgenössischen Votum gegen die Personenfreizügigkeit einer der europäischen Grundsätze verletzt werde. In der Folge wurden bereits verhandelte Vereinbarungen über Forschungsförderungen EU-seitig ausgesetzt, der Schweizerische Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung musste kompensatorisch einspringen.

Zum Nachlesen:

- Science Business (14.06.2016): [MPs call for contingency plan to protect UK life sciences in event of Brexit](#)
- Science and Technology Committee of the House of Commons(11.06.2016): [Contingency plans needed to protect UK science](#)

Quelle: Science Business

Redaktion: 20.06.2016 von Nils Demetry

Länder / Organisationen: EU, Vereinigtes Königreich (Großbritannien)

Themen: Strategie und Rahmenbedingungen, Förderung

[Zurück](#)

Weitere Informationen